

# The real crime is the border regime!

Kampagne Grenzenlose Solidarität

## Der Prozess gegen die #Samos2 zeigt die Abgründe der systematischen Kriminalisierung von Schutzsuchenden

*Dass europäische Behörden auf dem Rücken von Einzelpersonen ein politisches Kalkül der Abschreckungspolitik betreiben, ist lange bekannt. Auf den griechischen Inseln laufen aktuell zahlreiche Prozesse gegen Schutzsuchende, die zu Sündenböcken für politisch gewollte und strukturell erzeugte Missstände, wie das Fehlen legaler Fluchtwege, gemacht werden.*

Ein besonders perfides Beispiel ist der Fall von N.\* und Hasan, die am 18. Mai diesen Jahres auf Samos vor Gericht stehen – N., weil er für den Tod seines 6-jährigen Sohnes verantwortlich gemacht wird, und Hasan, weil er das Boot steuerte, mit dem sie und Andere die Insel erreichten. Es ist N.'s Wunsch, dass sein Name und der seines Sohnes nicht veröffentlicht werden.

In der Nacht vom 7. November 2020 machen sich 24 Personen, unter ihnen N. (25) und Hasan (23), in einem Schlauchboot von der Türkei auf den Weg nach

Griechenland. Vor der Insel Samos geraten sie in Seenot, das Boot mitsamt aller Insassen kentert. Die griechische Küstenwache wird über den Notfall informiert. Es dauert jedoch Stunden, bis die Küstenwache am Unfallort eintrifft und auch dann bleibt die direkte Hilfe zunächst aus, wie die Betroffenen später berichten. In den Morgenstunden des nächsten Tages werden N.s Sohn und eine im neunten Monat schwangere Frau auf den Felsen gefunden. Glücklicherweise überlebt die Frau und bringt drei Tage später ihr Kind zur Welt. Für den Sohn von N. kommt jede Hilfe zu spät.

### **Kriminalisierung der Opfer grenzbehördlicher Ignoranz**

Obwohl N. selbst gerade ein Bootsunglück überlebt hat und mit dem Verlust seines Sohnes konfrontiert ist, wird er auf Samos am Folgetag von den griechischen Behörden verhaftet. Der Grund: Er wird für den Todesfall seines Sohnes verantwortlich gemacht; ihm drohen wegen "Kindeswohlgefährdung" nun bis zu zehn Jahre Haft.

N.: „Sie waren einfach grausam zu mir. Ich habe meinen Sohn verloren. Er ist im Wasser ertrunken. Damit nicht genug, haben sie mich in dieser schrecklichen Situation auch noch verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Sie sagen, das sei das Gesetz. Das kann nicht das Gesetz sein. Das ist unmenschlich. Das muss illegal sein. Wollen sie mich wirklich für den Tod meines Sohnes verantwortlich machen? Er war alles, was ich hatte. Ich bin eigentlich nur wegen meinem Sohn hierher gekommen.“

Hasan, der angab, das Boot für einen Teil der Überfahrt aus der Türkei gesteuert zu haben, wird ebenfalls verhaftet. Ihm

wird der „unerlaubte Transport von Drittstaatsangehörigen in griechisches Hoheitsgebiet“ und darüber hinaus die „Gefährdung des Lebens von 23 Personen“ und die „Verschuldung des Todes von einer Person“ angelastet. Die letzten zwei Anklagepunkte lassen den Anschein erwecken, die Behörden würden das Leben von Personen auf der Flucht unter allen Umständen schützen wollen und ihre Gefährdung verurteilen.

Abgesehen davon, dass Hasan hier zum Sündenbock für eine strukturell erzeugte Situation gemacht wird, die immer wieder Opfer fordert, kann von einem solchen Schutzanspruch keine Rede sein. Tatsächlich ist es die griechische Küstenwache, die beispielsweise durch Pushbacks immer und immer wieder Menschenleben gefährdet. Im Falle einer Verurteilung würden die Anklagen für Hasan eine absurd hohe Haftstrafe bedeuten: Für jede transportierte Person drohen ihm zehn Jahre Haft, d.h. 230 Jahre, plus lebenslänglich für den Tod von N.s Sohn.

### **Schnellverfahren zu Höchststrafen**

Während der Fall von N. bisher der einzige seiner Art ist, werden unter dem Vorwurf der 'Beihilfe zur unerlaubten Einreise' bzw. des 'Menschenschuggels' inzwischen fast täglich Schutzsuchende von griechischen Behörden als sogenannte Boat driver verhaftet: Ein Transportmittel zu steuern, mithilfe dessen Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere ins Land einreisen, ist in griechischem Recht eine Straftat – unabhängig davon, ob die Person selbst auf der Flucht ist und demnach eigentlich einen Anspruch auf Schutz hat.

Ein weiteres aktuelles Beispiel für die Kriminalisierung von Schutzsuchenden ist der Fall von Amir (25) und Razuli (23), die am 17. März 2022 zur Revision ihres Prozesses vor Gericht stehen. Sie flohen im März 2020 mit einem Schlauchboot aus der Türkei Richtung Lesbos, wurden jedoch auf dem Weg von der griechischen Küstenwache aufgehalten. Bei dem Versuch, sie zurück in türkische Gewässer zu drängen, wurde ihr Boot so stark beschädigt, dass die Küstenwache gezwungen war, sie an Bord zu nehmen.

Die Beamt\*innen beschuldigten auch Amir und Razuli willkürlich als Schmuggler und schlugen auf sie ein. Amir und Razuli wurden zunächst in Untersuchungshaft gesteckt und ohne weitere Beweise am 8. September 2020 zu 50 Jahren Haft verurteilt. Seitdem sitzen sie im Gefängnis. Amirs Frau, die damals hochschwanger mit an Bord war, hat inzwischen ihr Kind zur Welt gebracht. Erst nach der Verhandlung – zwei Monate nach der Geburt – durfte Amir seine Tochter zum ersten Mal sehen.

Die Kriminalisierung von Boat drivers in Griechenland ist systematisch. Meist werden ein bis zwei Menschen pro ankommendem Boot nach ihrer Ankunft verhaftet und von der Öffentlichkeit unbemerkt eingesperrt, ohne dass ihre Namen bekannt werden oder sie Zugang zu Unterstützung von außen erhalten können. Die Prozesse werden in der Regel schnell abgewickelt, ohne Rücksicht auf Mangel an Beweisen, einer vernünftigen Übersetzung und dem Zugang zu ordentlichem Rechtsbeistand für die Angeklagten. In Griechenland dauert ein derartiges Gerichtsverfahren im Schnitt lediglich 30 Minuten und mündet in einer durchschnittlichen Gefängnisstrafe von 44 Jahren und einer Geldstrafe von 370.000 Euro. Die so verurteilten Menschen machen laut offiziellen Zahlen des griechischen Justizministeriums 2019 die zweitgrößte Gruppe aller Inhaftierten aus.

### **Missbrauch der Justiz im Dienst rassistischer Abschottungspolitik**

Die Fälle von N., Hasan, Amir und Razuli machen die Mechanismen der systematischen Kriminalisierung und ihre Auswirkung auf das Leben der Betroffenen nur beispiel- und ausschnitthaft deutlich. Sie zeigen aber, wie in Europa abseits des Rampenlichts auf horrenden Art und Weise Rechtsprechung im Interesse einer ras-

sistischen Abschottungspolitik betrieben wird. Denn die Verhaftungen sollen primär der Abschreckung weiterer Überfahrten dienen. Dieser Gedanke ist absurd, wenn man bedenkt, dass es nach wie vor keine legalen Fluchtwege nach Europa gibt! Menschen, die aus Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit nach Europa fliehen wollen, haben keine andere Wahl, als sich auf lebensgefährliche Routen und in die Abhängigkeit Dritter zu begeben, die ihnen bei der Überfahrt helfen. Einmal auf dem Meer muss darüber hinaus eine Person das Steuern des Boots übernehmen.

Dimitris Choulis, Rechtsanwalt: „Wir kriminalisieren damit Asylsuchende, die keine Alternative haben. Es gibt einen Abschnitt der Reise, in der das einzige, was sie tun können ist, das Boot zu steuern, um ihr Leben zu retten.“

Hasan: „Wir sind nur Migrierende, und wenn Migrierende kommen wollen, werden die Schmuggler nicht mitkommen. Sie werden die Migrierende zwingen, das Boot selbst ans Ziel zu bringen, ganz egal ob diese wissen, wie man ein Boot fährt oder nicht.“

Es handelt sich also um eine willkürliche Schuldzuweisung von politischen Verbrechen auf strukturell marginalisierte Menschen, die sich situationsbedingt schlecht wehren können. Dabei ist es die Grenzpolitik, die Menschenleben tötet und zur Rechenschaft gezogen werden sollte! Auch gibt N. Hasan keine Schuld an dem Tod seines Sohnes. Stattdessen hat er inzwischen die griechische Küstenwache verklagt, weil sie die Rettung verzögert und keine Hilfe geleistet hat. Auf dem

Grabstein seines Sohnes steht zu lesen: „Es war nicht das Meer, es war nicht der Wind, es ist die Politik und die Angst.“

### **Der Kriminalisierung Solidarität entgegensetzen!**

Die Kriminalisierung von Schutzsuchenden erhält auch in der Öffentlichkeit insgesamt deutlich weniger Aufmerksamkeit als die europäischer Seenotretter\*innen und Aktivist\*innen. Dabei ist sie umso perfider und grausamer. Für die Freilassung von Amir und Razuli und das Falllassen der Anklage von N. und Hasan haben sich daher zwei Solidaritätskampagnen und -gruppen formiert. Sie wollen Aufmerksamkeit auf die Kriminalisierung von Boat drivers lenken, begleiten die Prozesse und unterstützen bei der Finanzierung von Rechtsanwält\*innen für die Verteidigung. Informationen und Updates zu den Fällen finden sich auf folgenden Homepages, ebenso eine Möglichkeit, den Rechtshilfefonds zu unterstützen:

Informationen über die Kampagne #Samos2: <https://freethesamostwo.com/de/ueber/>

Mehr Informationen über die Fälle von Amir und Razuli: <https://cantevictsolidarity.noblogs.org/post/category/amir-und-razouli/>

Rechtshilfefonds: <https://www.betterplace.org/de/projects/79969-solidarisch-gegen-die-kriminalisierung-von-flucht-und-migration>



### **Vielen Dank!**

Wir bedanken uns herzlich bei allen Autor\*innen, Fotograf\*innen und allen anderen, deren Engagement dazu beiträgt, dass dieses Magazin regelmäßig eine breite Palette von Themen der Migration und Flüchtlingssolidarität im nördlichsten Bundesland und weit darüber hinaus behandeln kann.

Als kleiner Verein sind wir auf die Mitarbeit der zahlreichen Ehren- und Hauptamtlichen angewiesen, die ihre Zeit für das Magazin „Der Schlepper“ verwenden. Daher möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich dafür werben, sich an der Gestaltung von „Der Schlepper“ zu beteiligen. Vorstellungen von besonderen Initiativen, Berichte über aktuelle Entwicklungen und Essays über spannende (Flucht-)Geschichten sind uns stets willkommen.

Die Redaktion von „Der Schlepper“  
[schlepper@frsh.de](mailto:schlepper@frsh.de)



**Flüchtlingsrat**  
Schleswig-Holstein e.V.